

POLITIK DES RECHNUNGSHOFES FÜR DEN SCHUTZ DES PRIVATLEBENS BEI DER VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN IM RAHMEN DER VERÖFFENTLICHUNG VON MANDATSLISTEN UND DER AUFBEWAHRUNG VON VERMÖGENSERKLÄRUNGEN

1. Allgemeines

Diese Politik beschreibt, wie der Rechnungshof bei der Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben bezüglich der Mandatslisten und der Vermögenserklärungen von öffentlichen Mandataren und leitenden Beamten, die personenbezogenen Daten verarbeitet, die Sie betreffen und welche Rechte Sie besitzen, wenn der Rechnungshof ihre personenbezogenen Daten verarbeitet.

Zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen Aufgaben muss der Rechnungshof Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten entsprechend den Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung).

Der Rechnungshof achtet darauf, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf angemessene, zweckmäßige Weise und in einem für die Zwecke der Datenerhebung notwendigen Maß beschränkt erfolgt.

2. Sicherheit und Vertraulichkeit der Daten

Der Rechnungshof trifft die erforderlichen Maßnahmen, um die Sicherheit Ihrer personenbezogenen Daten zu gewährleisten. Er trägt Sorge dafür, dass Ihre Daten insbesondere vor unbefugten Zugriffen, unrechtmäßiger Nutzung, Verlust und unzulässigen Änderungen geschützt sind. Der Rechnungshof hat technische und organisatorische Maßnahmen getroffen, um die Sicherheit und die Vertraulichkeit Ihrer personenbezogenen Daten zu gewährleisten.

Der Rechnungshof hat unter anderem ein Verfahren zur Vergabe von Zugriffsrechten für seine Bediensteten eingeführt. Das System ist so konzipiert, dass die verarbeiteten personenbezogenen Daten und die betreffenden Verarbeitungsvorgänge dank der technischen und organisatorischen Maßnahmen nur für Personen und Anwendungen zugänglich sind, die aufgrund funktionaler Erfordernisse ausdrücklich berechtigt sind.

3. Wer ist der Datenverarbeitungsverantwortliche/Datenschutzbeauftragte?

Der Rechnungshof, mit Sitz Rue de la Régence 2 - 1000 Brüssel, ist für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten, die er im Rahmen der Wahrnehmung seiner gesetzlichen Aufgaben verarbeitet, verantwortlich. Das bedeutet, dass er, in Anbetracht seiner gesetzlichen Aufgaben die Zwecke und die Mittel der Verarbeitung der personenbezogenen Daten bestimmt.

Der Datenschutzbeauftragte des Rechnungshofes ist der Ansprechpartner für alle Fragen bezüglich der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und der Ausübung Ihrer Rechte aus der Datenschutz-Grundverordnung (DPO@cckrek.be).

4. Welche sind die vom Rechnungshof verarbeiteten personenbezogenen Daten und für welche Zwecke werden sie verarbeitet?

Der Rechnungshof verarbeitet zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen Aufgaben bezüglich der Mandatslisten und der Vermögenserklärungen folgende Kategorien personenbezogener Daten:

- Identifikationsdaten (z. B.: Name, Vorname, Nationalregisternummer, Geburtsdatum);
- Kontaktdaten (z. B.: Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse);
- gerichtliche Daten (z. B.: Verwaltungsstrafen).

Der Rechnungshof erhebt diese personenbezogenen Daten unter anderem anhand der Erklärungen der von dem Gesetzgeber bestimmten Akteure (in diesem Falle die von dem Premierminister oder dem Minister-Präsidenten bezeichneten Beamten, die institutionellen Informationsbeauftragten oder die Erklärungspflichtigen selbst).

Der Rechnungshof verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten im Zuge der Wahrnehmung seiner gesetzlichen Aufgaben bezüglich der Mandatslisten und der Vermögenserklärungen gemäß dem ordentlichen Gesetz und dem Sondergesetz vom 2. Mai 1995 über die Verpflichtung, eine Liste von Mandaten, Ämtern und Berufen und eine Vermögenserklärung einzureichen, sowie dem ordentlichen Gesetz und Sondergesetz vom 26. Juni 2004 zur Ausführung und Ergänzung des Gesetzes und Sondergesetzes vom 2. Mai 1995. Der Rechnungshof darf Ihre personenbezogenen Daten nicht für andere Zwecke als die Wahrnehmung seiner gesetzlichen Aufgaben verwenden.

Der Rechnungshof wird Ihre personenbezogenen Daten nicht für seinen anderen gesetzlichen Aufgaben oder Kompetenzen oder für kommerzielle oder werbliche Zwecke verwenden oder an Dritte weitergeben, welche die Daten für solche Zwecke nutzen könnten.

5. Wer sind die Empfänger Ihrer personenbezogenen Daten?

Im Rahmen der Wahrnehmung seiner gesetzlichen Aufgaben kann der Rechnungshof Ihre personenbezogenen Daten empfangen oder an folgende Empfänger weitergeben müssen:

- Sie selbst;
- Das Publikum, was Ihre Daten betrifft, die gemäß der Gesetzgebung jährlich veröffentlicht werden müssen. Konkret werden folgende Daten veröffentlicht:
 - Name und Vorname (Wohnsitz) aller öffentlichen Mandatäre und hohen Beamten;
 - pro Erklärungspflichtiger: die im Vorjahr ausgeübten Mandate, Ämter und Berufe und die diesbezügliche Entlohnung;
- sonstige Empfänger entsprechend den gesetzlichen Informationsverpflichtungen, der Informationserstattung und dem Informationsaustausch:
 - ermächtigte Beamte;
 - Informationsbeauftragte;
 - Gerichtsinstanzen;
 - zuständige Kommissionen der gesetzgebenden Versammlungen;
- bestimmte personenbezogene Daten, die der Rechnungshof sammelt, können im Rahmen ihrer Absicherung und Verwaltung gegebenenfalls durch eine externe Instanz, wie einen IT-Lieferanten, verarbeitet werden. Diese externe Instanz ist der Datenschutz-Grundverordnung (Artikeln 28 und 29) unterworfen und deshalb dazu verpflichtet, die Vertraulichkeit Ihrer personenbezogenen Daten zu beachten und die Verarbeitung davon auf die deutlich festgelegten Ziele zu beschränken.

6. Aufbewahrung Ihrer personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden nur so lange aufbewahrt, wie es hinsichtlich der Zwecke, für die sie verarbeitet werden, erforderlich ist, und mit Beachtung der in den ordentlichen Gesetzen und Sondergesetzen vom 2. Mai 1995 und 26. Juni 2004 festgelegten Termine.

7. Welche Rechte besitzen Sie in Bezug auf die vom Rechnungshof verarbeiteten personenbezogenen Daten?

Sie verfügen über eine Reihe von Rechten betreffend Ihre personenbezogenen Daten [1]. Manche dieser Rechte gelten nur in einigen wenigen Fällen.

- Sie besitzen das Recht auf Zugang zu den vom Rechnungshof verarbeiteten personenbezogenen Daten.
- Sie besitzen das Recht auf unverzügliche Berichtigung fehlerhafter Sie betreffender personenbezogener Daten. Entsprechend den Zwecken der Verarbeitung haben Sie das Recht auf Ergänzung unvollständiger Sie betreffender personenbezogener Daten.
- Sie besitzen in bestimmten durch die Datenschutz-Grundverordnung vorgesehenen Fällen das Recht, Ihre personenbezogenen Daten löschen zu lassen [2] oder deren Verarbeitung zu beschränken [3]. Der Rechnungshof kann die Löschung oder die Beschränkung von personenbezogenen Daten verweigern, die für die Wahrnehmung seiner gesetzlichen Verpflichtungen notwendig sind, und zwar solange diese Daten für die Zwecke ihrer Versammlung notwendig sind.
- Sie besitzen das Recht, gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten aus ernsthaften und berechtigten Gründen Widerspruch einzulegen [4]. Bitte beachten Sie, dass Sie keinen Widerspruch gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten einlegen können, die für den Rechnungshof notwendig sind, um die gesetzlichen Verpflichtungen wahrzunehmen, und zwar solange diese Daten für die Zwecke ihrer Versammlung notwendig sind.
- Der Rechnungshof bestätigt, dass die Verarbeitung der personenbezogenen Daten kein Profiling beinhaltet und dass Sie nicht Gegenstand einer Entscheidung werden, die sich ausschließlich auf eine automatische Verarbeitung stützt.

8. Wie können Sie Ihre Rechte ausüben?

Der Rechnungshof verwaltet die personenbezogenen Daten im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgaben bezüglich der Mandatslisten und der Vermögenserklärungen mittels der Webanwendung Regimand, worauf Sie als institutioneller Informationsbeauftragter oder Erklärungspflichtiger nur nach der Authentifizierung Ihrer Identifikationsdaten Zugriff haben.

Nach der Identifikation per eID oder der Bestätigung der digitalen Identität haben Sie als öffentlicher Mandatar oder hoher Beamter ausschließlich Zugriff auf Ihre personenbezogenen Daten, und als institutioneller Informationsbeauftragter nur auf Ihre persönlichen Identifikations- und Kontaktdaten sowie auf die Identifikations- und Kontaktdaten der Erklärungspflichtigen, für die Sie eine gesetzlich bestimmte Informationsverpflichtung haben.

Falls Sie feststellen, dass Ihre persönlichen Daten unrichtig oder unvollständig sind, können Sie sie selbst in der Webanwendung Regimand korrigieren oder den Rechnungshof über die Webanwendung davon in Kenntnis setzen. Sie können unrichtige oder unvollständige Daten auch per E-Mail (möglichst mit elektronischer Unterschrift) an DPO@ccrek.be oder per Brief an den Datenschutzbeauftragten des Rechnungshofes – Rue de la Régence 2, 1000 Brüssel (mit einer Kopie Ihres Personalausweises) zuschicken.

9. Rechtsbehelfe

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs sind Sie berechtigt, bei der Datenschutzbehörde Beschwerde einzulegen und den Rechtsweg zu beschreiten, sollten Sie der Ansicht sein, dass Ihre Rechte nicht geachtet werden oder dass die Verarbeitung Sie

betreffender personenbezogener Daten einen Verstoß gegen die Datenschutz-Grundverordnung darstellt [5].

Beschwerden richten Sie bitte an:

Datenschutzbehörde

Rue de la Presse 35

1000 Brüssel

E-Mail: contact@apd-gba.be (der Link sendet eine E-Mail)

10. Aktualisierung der Datenschutzpolitik

Diese Politik kann Gegenstand etwaiger Aktualisierungen oder Änderungen sein. Bitte sehen Sie sie hin und wieder ein, um auf dem Laufenden zu bleiben. Auch alle aktualisierten Fassungen der Politik entsprechen immer der Datenschutz-Grundverordnung.

[1] Art. 15, 16, 17, 18, 21 und 22 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG.

[2] Art. 6, ebd.

[3] Art. 17, ebd.

[4] Art. 17, ebd.

[5] Art. 77, Datenschutz-Grundverordnung.